

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1912. Nr. 599.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Belegpreis für Halle und Umkreis 2.50 M., durch die Post Bezugs 3 M., für das Vierteljahr. Die halbjährige Belegpreis kostet 10 M. — Gratis-Bestellen: Halleischer Couriers (Halle, Postamt), III. Unternehmungsblatt (Sonntagsbeilage), Halle, Mittelungen.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die Leihbibliothek: Halle oder deren Raum für Halle u. den Umkreis 30 Pf., außerhalb 30 Pf. — Resten am Ende der rechnerischen Zeit die Halle 100 Pf., Abgabegebühren bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Redaktions-Telefon 8110. Chefredakteur L. S.: Fritz Müller, Halle a. S.

Sonnabend, 21. Dezember 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Slovanski Jug.

Die Rede, die der russische Ministerpräsident Kozlov am Mittwoch in der Duma gehalten hat, dürfte sich zweifellos als ein starkes Element neuer Beunruhigung erweisen. Zwar spricht Herr Kozlov davon, daß Rußland keinen Augenblick erwidert, die Gruppierungen der Mächte in Gegensatz zueinander zu bringen. Aber schon die starke Betonung, daß Rußland seiner Freunde und Verbündeten sicher sei und die an Oesterreichs Adresse gerichtete Warnung, daß jede Regierung, die das Gebiet der gemeinsamen Verantwortung der Grundfragen der gegenwärtigen politischen Lage verlassen würde, eine schwere moralische Verantwortung übernehme für die etwaige Möglichkeit internationaler Verbindungen, haben die gute Wirkung des internationalen Besatzes im wesentlichen wieder auf. Herr Kozlov selbst bezeichnet Oesterreich als die gemeinsame Verantwortung der gemeinsamen Verantwortung der gemeinsamen Verantwortung. Denn es ist unter allen Umständen eine Verletzung des österreichischen Ehrenglaubens und widerpricht den Tatsachen, wenn Herr Kozlov Rußland als die slavische Vormacht bezeichnet. Vielmehr ist es Oesterreich gewesen, das in der Zeit der höchsten Türkennot 600 000 Serben zuflucht in seinen eigenen Reichsgrenzen geboten hat. Und es zeigt nicht von besonderer Achtung Rußlands gegen geschichtlich gebundene Tatsachen, wenn Herr Kozlov die Erwerbsgenossenschaft vom Balkan in ihrem Widerstande gegen Oesterreich ermutigt. Was würde man in Rußland dazu sagen, wenn Herr von Bethmann Hollweg im deutschen Reichstage eine ähnliche Sprache führen und für Deutschland als germanische Vormacht den Anspruch erheben wollte, den deutschen Verbänden in Rußland zu ertöndlichen Erfindungen zu verfallen? Aber es hat wenig Zweck, diese Parallelen zu ziehen, denn zweifellos haben wir es in den Slawen mit einer Völkergemeinschaft zu tun, deren Völkertum und Kampfbewußtsein an unabweisbare Vermessenheit grenzt und überdies mit einem so robusten Gemütsvermögen ist, daß es in seiner Draufgängererei ein neues und für den Frieden Europas ein unabweisbares höchst beunruhigendes Element darstellt.

Vielleicht hat Herr Kozlov gar nicht so sehr beabsichtigt, die Verantwortlichkeit dieser Erwerbsgenossenschaft zu ermutigen. Viel wahrheitslieblicher ist vielmehr, daß seine Rede wie die ganze derzeitige russische Politik aus dem Bewußtsein einer gewissen Zweideutigkeit besteht und mehr eine Verbeugung vor den Russen darstellt als den festen Entschluß, gegen Oesterreich und das Deutsche Reich das Schwert zu ziehen. Aber in Belgrad und Cetinje wird sie selbstverständlich als eine starke Ermunterung zur Verfolgung der bisher angelegten Ziele aufgefaßt werden und selbst wird sie die Wirkung haben, die Tschechen und Slawen, die gegenwärtig im österreichischen Reichsteile sich die Hand zur Verhinderung der ordnungsmäßigen Erledigung der Militärfrage, gerade haben, in ihrem Widerstande gegen den österreichischen Staatsgedanken noch mehr befestigt werden.

Denn auch darüber soll man sich in Deutschland nicht täuschen, daß dieser tschechisch-slavonische Widerstand seine eigentlichen Wurzeln in Belgrad und St. Petersburg findet. Man erinnert sich, daß bereits lange vor Ausbruch der Feindschaften in Oesterreich ercheinendes slawonisches Volk über alle Pläne der Balkanstaaten bis ins einzelne unterrichtet war und sogar den Tag des Kriegsausbruchs genauestens angeben konnte. Der in Belgrad unter dem Namen „Slovanski Jug“ (Slawischer Süden) begründete Verbindungsband steht ja, wie man weiß, in enger Verbindung mit den russischen Slavofilen und hat sich von vornherein die Aufgabe gestellt, die Sympathien der österreichischen Slawen für die Balkanstaaten zu gewinnen und Oesterreichs Zutrifft ihnen gegenüber zu lösen. Diese Politik gab ja bereits ihre erste Probe, als zur Zeit der böhmischen Situation tschechische Agenten sich wiederholt zu manifestieren, befanden, und die Taten der Herren Press und Berthold von Hildesheim mit dem Hinweis auf Klagen der slawischen Bevölkerung über die Ermittlung der ohnehin bereits zur Siebende überpannten serbischen Unternehmungslust.

Nach einmal. Es wäre wahrlich, unser durch eine niederträchtige, nationalfeindliche Presse und eine volksdenkende Schicht der Bevölkerung zerstücktes deutsches Leben in seiner Entschlußfähigkeit und Zutrifft aus nur entfernt mit der Ursprünglichkeit dieser Völkerverhältnisse vom Balkan vergleichen zu wollen. Aber die Rede des Marquis di San Giuliano zeigt, daß und wie sehr die Entwidlung der europäischen Politik dahin drängt, auch die hochstehenden Kulturvölker auf ihr Ursprünglichkeit, d. i. ihr Völkertum und Völkerelement zurückzuführen. Wenn Nationen sich heute nicht auf die beiden großen Mächtegruppen in Gegensatz zueinander zu bringen, so hat Herr Kozlov angeblich verstanden will und doch selbst mit seiner Ermittlung der Slawen bewirkt. Bei dieser Sachlage wird man auch in Deutschland nicht umhin können, über die Augenblicksfragen hinaus nach den bleibenden Werten der österreichischen Politik mehr als bisher zu fragen. Es ist ein Wider-

stimmung ohne Gleichen, daß wir eine Politik unterstützen sollen, die auf eine Dreiteilung der habsburgischen Monarchie durch Schaffung eines slavischen Myriens hinausläuft und doch gerade von den Slawen auf das bestigste bekämpft wird. Und wer würde uns dafür bürgen, daß am Tage, da der Kaiser von Oesterreich sich mit der slawischen Königskrone schmückt, nicht auch die Tschechen die böhmische Königskrone fordern würden? Welchen Widerstand bedeutet es, daß die österreichischen Deutschen allein jetzt die unvermeidliche Verantwortung darstellen sollen für eine Politik, die zur Verwirklichung des Deutschen in Oesterreich führen müßte, wenn nicht endlich das Haus Habsburg seine wahre Lage erkennen und seine gesamte deutschfeindliche Politik einer entschlossenen Nachprüfung unterziehen würde? Im Habsburgs selber wollen und als ein einziger und letzter Freund gegenüber der Gesamtheit des Slaventums muß Deutschland Bürgschaft dafür fordern, daß der lediglich in den Deutschen und in den Magazinen verkörperte Staatsgedanke nicht länger durch eine Politik vereitelt wird, die sich in den Slawen die schlimmsten Todsünden des habsburgischen Staates großgezogen hat. Oder sollte es wirklich mit dem letzten Reste von Deutschbewußtsein bei uns im Reiche bereits soweit bergab gegangen sein, daß wir uns dazu hergeben könnten, das Schwert für eine Politik zu ziehen, die nicht nur unsere deutschen Volksgenossen in Oesterreich als Völkerverfeindler für einen letzten Endes dem Slaventum dienende Politik ausliefert, sondern auch noch unseren eigenen Söhnen die gleiche Rolle zumuten würde? Es scheint uns die allerhöchste Zeit zu sein, daß auch die deutsche Presse nicht ausbleibe, auszurufen, daß wir bei aller selbstverständlichen Bundesstreue unter Verhältnis zu Oesterreich doch nie anders auftreten können, als wie eintrunken für Oesterreichs Ernting als Großmacht. Niemals aber darf unsere Völkertreue so verstanden und gedeutet werden, daß die deutsche Politik in Wien gemacht würde und noch dazu eine Politik, die den Untergang des Deutschen vorbereitet. Vielmehr wird es Zeit, daß auch aus Deutschland endlich einmal das Wort von der germanischen Vormacht fällt, und daß das Haus Habsburg daran erinnert wird, sich dieser geschichtlichen Aufgabe gleichfalls zu entziehen.

In Erwartung des preussischen Etats.

Demnächst wird der nächstjährige preussische Staatshaushalt bekannt werden. Von größtem Interesse wird dabei die Frage seines Abschlusses sein. Einige Jahre hindurch konnten die preussischen Etats nur mit Fehlbeträgen abschließen, zu deren Deckung die Aufnahme von Anleihen in Vorschlag gebracht werden mußte. Wenn man demgegenüber darauf hinweist, daß nunmehr viel günstigerer Verhältnisse für die preussischen Finanzen Platz geschaffen hätte, weil die Eisenbahneinnahmen sich stets erhöht hätten, so verfehlt man, daß diese Einnahmen die allgemeinen Staatshaushalten jetzt nicht mehr so beeinflussen wie in früheren Jahren.

Ueberhaupt sind in die preussischen Etats zwei wichtige Momente von Zeitigkeit gekommen. Das eine ist die zunächst auf 5 Jahre zwischen Regierung und Parlament getroffene Uebereinkunft, aus den Eisenbahnüberschüssen nur einen bestimmten Satz für die Deckung allgemeiner Staatsausgaben zu verwenden, und das andere ist das Abkommen mit dem Reiche, etwa 80 Prozent für Preußen ist es etwas mehr — auf den Kopf der Bevölkerung von ungedeckten Matrikularumlagen zu zahlen, dafür aber von jeder Nachzahlung bei etwaigen Zurückbleiben der Ueberweisungsteuer hinter dem Etatsanschläge bereit zu sein. Durch diese Neuerungen ist in die preussische Finanzwirtschaft eine gewisse Ruhe gekommen. Natürlich stehen die Finanzen in Zeiten günstiger Konjunktur nun nicht so gut wie früher; auf Zuschüsse aus den Eisenbahnen und auf Mehrerträge aus der Ueberweisungsteuer ist nicht zu rechnen. Dafür aber kann jetzt mit ganz sicheren Faktoren operiert und ein Etat erstellt werden, ohne allzu sehr befürchten zu müssen, daß die Wirklichkeit sich hart von den Schätzungen entfernen und Schwankungen mit sich bringen wird, die die Berechnungsgrundlage erschüttert. Je größer die Erdummen in den preussischen Etats werden, um so mehr Wert ist darauf zu legen. Die erste Milliarde wurde von preussischen Etat im Jahre 1884 erreicht, die zweite 1897, die dritte 1907 und die vierte 1911. Man sieht, daß die Steigerung namentlich in den letzten Decennien stark war. Mit infolge der Neuordnungen, die erwünscht wurden, hat sich in letzter Zeit ein größerer Ausgleich in den Aufschüssen erzielen lassen. Im Jahre 1907 betrug der tatsächliche Fehlbetrag 22 Millionen Mark, 1908 sogar 202 Millionen, 1909 234 Millionen. Im Etat für 1910 war er auf 92,8 Millionen Mark angenommen, er belief sich in Wirklichkeit auf 33 Millionen, 1911 wurde er auf 29 und 1912 auf 19 Millionen Mark geschätzt.

Man sieht, daß die letzten Jahre eine ruhige Entwicklung aufwies, während die vorhergehenden sprunghafte Forderungen zu verzeichnen hatten. Man wird annehmen dürfen, daß der Etat für 1913 sich in dem jetzt einigen Jahren gemessenen Rahmen einhalten wird. Im einzelnen wird er ja die verschiedensten Anforderungen zur Lösung von Kulturaufgaben bringen, so zur Förderung der Schule,

zur Unterstützung von Landwirtschaft und Gewerbe, zur Lösung sozialpolitischer Aufgaben usw. Im allgemeinen aber wird er ein Gepräge tragen, das in die letzten Jahre, das Sprunghafte vermeidende Entwicklung der preussischen Finanzwirtschaft hineinpaßt.

Die Friedensverhandlungen.

In gut informierten Kreisen wird erfährt, daß zwischen den Regierungen der Balkanstaaten eine Einigung dahin aufgefunden wurde, in allen zu behandelnden Fragen bezüglich der Adria, betreffs der künftigen Abgrenzung Albanien und der Inselfrage vorher den Standpunkt der Moskauer-Konvention kennen zu lernen. Die Verbündeten haben von vornherein bei ihren Forderungen der Zustimmung der Großmächte sicher sein, um auf diese Weise jedenfalls eine europäische Konferenz in gegenwärtigen Zeitpunkte zu vermeiden.

In Belgrad herrscht gegenwärtig allgemein die Ueberzeugung, daß die Verhandlungen in London ein erfolgreiches sein werden. Die Fortsetzung des Krieges steht nach der Ansicht serbischer politischer Kreise bald bevor. Man berichtet, die serbische Armee sei bereit, jeden Moment zur Verfertigung der bulgarischen Armee vor Thakatschala abzumarschieren.

Von mehreren Großmächten wurde der Vorstoß in Richtung auf den baldigen Friedensschluß, der nicht zum mindesten im dringenden Interesse der Türkei selbst liege, angeregt, in der Frage der Ueberlassung der Festung Adrianopel an Bulgarien eine verbindliche Haltung einzunehmen. Die Antwort der Türkei war auf das kategorische Ablehnen. Der Lord Mayor von London gab gestern in Mansion House ein Frühstück zu Ehren der Delegierten der Friedenskonferenz.

Die Moskauer-Konvention.

Die Moskauer-Konferenz hatte gestern nachmittag unter dem Vorhitz Sir Edward Grey zum letzten Mal vor dem Monatsabschluß. Das Ergebnis der Konferenz wird heute abend in Gestalt einer offiziellen Note gleichzeitig allen beteiligten Regierungen zugestellt werden.

Die Jungtürken wollen den Krieg.

Das jungtürkische Regime ist für Fortsetzung des Krieges am jeden Preis. Man spricht bereits von Mahmud Scheref als dem künftigen Generalfürsten. Jedenfalls spielen, wie bereits früher betont wurde, bei der Londoner Konferenz diese inneren Differenzen mit.

Die Aktionen der türkischen Flotte.

Der kommandierende der türkischen Flotte teilte nach dem gelassenen Empfang des Sultans und nachdem er dem Ministerpräsidenten Bescheid gegeben, mit, daß er sich über nach den Dardanellen a. Die Flotte hat für längere Zeit Kohlen und Proviant aufgenommen. Es gilt als sicher, daß sie heute oder morgen ausläuft, um die griechische Flotte aufzufinden. Der kommandierende der türkischen Flotte berichtet, die vorausgegangenen beiden Segehefte seien von türkischer Seite nur probeweise verurteilt worden. Griechenland hat ein großes Interesse an seiner Flotte, die vielleicht schon in kürzester Zeit deren Berechtigung erreichen werde. Die diplomatischen Kreise verfolgen mit gespannter Aufmerksamkeit die Aktion zur See. Selange es den Türken, die Griechen zur See niederzuringen, so läßt nicht allein die griechische Inselbesetzung in Gefahr, auch die freie Bewegung der Türken nach Salonik und der albanischen Küste, vermehrte die ganze Lage von Grund aus umgestalten.

Der Sultan hat den Befehl erteilt, dem Admiralitätsschiff „Seredin Barbarossa“ die historische Fahne des türkischen Kriegsschiffes „Muhadib“, welches Sebastopol bombardiert hatte, zu überreichen.

Eine Reorganisation der bulgarischen Armee.

Den Wäntern zufolge beabsichtigt das bulgarische Kriegsministerium eine Reorganisation der bulgarischen Streitkräfte des Königreiches, um sie den durch den Krieg geschaffenen neuen Bedingungen anzupassen. Die Offiziere, die gegenwärtig unter den Fahnen stehen, werden aufgespart werden, als aktive Offiziere bei der Armee zu verbleiben, um die Militärführer in den eroberten Gebieten zu beschicken.

Die Spannung zwischen Oesterreich und Serbien. Nach einer Meldung der „Politika“ soll in einer Konvention, welche der serbische Gesandte Jonowitsch mit dem Grafen Berchtold geschlossen in Wien hatte, in der Hauptfrage insofern ein prinzipielles Uebereinkommen getroffen sein, als Jonowitsch namens der serbischen Regierung die Zustimmung zu der Benutzung eines vordachafens auf neutralen Gebiete erteilt habe. Nach derselben Quelle soll die albanische Frage durch Schaffung eines autonomen Albanien unter der Souveränität des Sultans geregelt werden.

Türken und Griechen im Kampfe.

Dem „Temp“ wird aus Konstantinopel gemeldet, die türkische Regierung behauptet entschieden, daß ihre Flotte über die griechische einen beträchtlichen Erfolg davongetragen habe, und daß der Widerstand von Janina ungebunden sei. Die Türkei ziehe es deshalb vor, in London mit den Griechen ohne Waffenstillstand zu verhandeln, und würde sogar einen Waffenstillstand bevorzugen, wenn Griechenland ihn jetzt verlangen sollte.

